

21. Sitzung Berlin,
Donnerstag, 22. November 2007

Dringliche Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Weiterer Umgang mit den Grundstückskauffällen nach dem Verkaufsgesetz vom März 1990 zu landeseigenen Grundstücken und Moratorium

Andreas Otto (Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man die Drucksache des Senats betrachtet, stellt man fest, dass seit unserer Beschlussfassung im Februar nichts passiert ist. Man hat uns nichts Neues mitgeteilt. Im Gegenteil: Man hat sich keine Mühe gegeben. Dieser Eindruck entsteht beim Studium der Drucksache. Darüber bin ich betrübt. Unsere Fraktion kritisiert das.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Herr Zackenfels hat uns am 1. Februar mitgeteilt, der Bericht sei eine gute Form, um in der Sache weiterzukommen. Das ist nicht gelungen. Herr Zackenfels, wenn Sie die Drucksache studieren, müssen Sie auch zu unserer Einschätzung kommen. In der Sache ist nichts passiert.

Wir sind durch das, was uns der Senat mitteilt, auch nicht klüger geworden. Er listet einfach die Antworten auf Mündliche Anfragen des Kollegen Czaja auf. Beispielsweise wurde auf die Frage vom 10. Mai geantwortet, es sei noch nicht der 30. Juni. Was hat der Senat zwischen dem 10. Mai und dem 30. Juni Besonderes recherchiert, herausgefunden oder festgelegt? Aus der Mitteilung – zur Kenntnisnahme – geht es nicht hervor.

Ich habe am 1. Februar die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass der Senat uns einen Weg zur Lösung dieser Fälle aufzeigt und uns mitteilt, um wie viele Fälle es sich handelt. Es kursieren verschiedene Zahlen: Mal sind es 200, dann wieder 225. Es steht nicht drin, wie viele es wirklich sind. Vielleicht kann man uns das noch erklären.

Der vorliegende Bericht liefert keinen Anhaltspunkt dafür, dass der Senat das Parlament und den Auftrag, den wir ihm erteilt haben, in irgendeiner Weise ernst genommen hat. Das sollten wir uns als Parlament nicht bieten lassen. Wir sollten entsprechend vorgehen.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Wenn Sie in die Drucksache schauen – sie ist kurz gehalten –, stellen Sie fest, dass auf die Frage, wie andere Bundesländer vorgehen, nicht eingegangen wird. Es wird nur lapidar mitgeteilt, dort fänden keine Verkäufe mehr statt. Aber seit wann das so ist, um welche Bundesländer es geht und wie dort vorher verfahren wurde, bleibt unbeantwortet. Ich unterstelle, dass sich der Senat darum nicht gekümmert hat.

Wir haben es mit einem Gleichheits- bzw. Gerechtigkeitsproblem zu tun. Das hat der Kollege Wechselberg am 1. Februar besonders treffend formuliert:

Man mag heute zu den „Modrow-Kaufkonditionen“ stehen, wie man will – sie sind historisch begründet. Das kann doch aber kein Grund sein, von der eingeübten Rechtspraxis nur deshalb abzuweichen, weil diese 225 Betroffenen am Ende der langen Warteschlange vor den Amtsschaltern stehen und nicht an deren Anfang. Das wäre mit rechts-staatlichen Grundsätzen sicher nicht vereinbar.

Dann sagte Herr Wechselberg, es werde in der Koalition einen intensiven Klärungsprozess geben. Wie hat dieser Klärungsprozess ausgesehen? Was hat er erbracht? In der Vorlage des

Senats kann ich weder Klärung noch Prozess entdecken. Deshalb sind wir von dem, was Sie uns vorgelegt haben, sehr enttäuscht.

Wir Grünen sind weiterhin dafür, dass die wenigen Fälle genauso wie die 7 000 davor einer Lösung zugeführt werden, die zur Zufriedenheit der Grundstücksnutzer ist. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen und der CDU]